

## Stenografischer Bericht

## öffentlicher Teil

36. Sitzung – Ausschuss für Digitales und Datenschutz

8. Februar 2023, 11:02 bis 12:03 Uhr

### Anwesend:

Vorsitz: Sandra Funken (CDU)

### CDU

Hartmut Honka  
J. Michael Müller (Lahn-Dill)  
Jan-Wilhelm Pohlmann  
Christian Wendel

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nina Eisenhardt  
Torsten Leveringhaus  
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)  
Katy Walther

### SPD

Nadine Gersberg  
Bijan Kaffenberger  
Angelika Löber  
Florian Schneider

### AfD

Andreas Lichert  
Dimitri Schulz

### Freie Demokraten

Oliver Stirböck

### DIE LINKE

Torsten Felstehausen

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

CDU: Johannes Schäfer  
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rolf Wimmer  
 SPD: Franziska Pautsch  
 Freie Demokraten: Christoph Stapelfeldt

**Landesregierung, Rechnungshof, etc.:**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts- bezeichnung	Ministerium, Behörde
RÉTTIG, SEBASTIAN	Ref	HBDI
Wetzstein, Stephanie	VAe	HBDI
Hornbeek, Vahja	ROR	HBDI
Rost, Hain Anna	MRin	HBDI
Heurich, Dr. Christian	RRin	HMDIS
Fakovic, Alisa	VA	HMinD
Syring, Anja	MRin	- " -
Georg Metzner	LMR	HMinD
Annette Haun	VAe	HMinD
Böselmann, Lars	MR	HMDIS
Goroll, Marcel	MR	HMinD
Rapp	RR	HBDI
Schraf, Carsten	RD	HRH
Repp	RD	HRH
Eckes	Dir	- " -
Rößnagel, Alexander	HBDI	HBDI
KANTNER	MdB	Mdi
Link, Marc-André	UB	HMDIS

Prof. Dr. Kristina Sinemus                      Ministerin                      HMinD

Protokollführung: Kathrin Wolf

**Inhaltsverzeichnis:**

**– zur abschließenden Beratung –**

1. **Antrag**  
**Fraktion der Freien Demokraten**  
**Public Money, Public Code – Für eine hessische Open Source-**  
**Initiative**  
**– Drucks. [20/10466](#) –**

**S. 4**

Punkte 2 bis 7

siehe nicht öffentlicher Teil

**– zur abschließenden Beratung –**

- Antrag**  
**Fraktion der Freien Demokraten**  
**Public Money, Public Code – Für eine hessische Open Source-Initiative**  
**– Drucks. [20/10466](#) –**

**Vorsitzende:** Ich bitte darum, für den Tagesordnungspunkt 1 die Öffentlichkeit herzustellen. Ich rufe den öffentlichen Tagesordnungspunkt 1, Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend Public Money, Public Code – Für eine hessische Open Source Initiative, Drucks. 20/10466, auf. Ich darf fragen, ob es Wortmeldungen gibt. – Bitte schön.

Abg. **Oliver Stirböck** (Freie Demokraten): Die Landesregierung hat gestern im Rahmen der Vorstellung des Videokonferenzsystems für die Schulen den Wert von Open Source betont. Das war in den Stellungnahmen der Landesregierung, die wir erhalten haben, bisher nicht so eindeutig. In der Anhörung zum Gesetzentwurf zum E-Governmentgesetz ist deutlich geworden, dass die Landesregierung hier bisher zu wenig tut. Open Source ist aber ein Schlüssel für die digitale Souveränität. Das sehen nicht nur die Freien Demokraten so, sondern das sieht auch die Europäische Kommission so. In deren „Studie über die Auswirkungen von Open-Source-Software und -Hardware auf technologische Unabhängigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der EU-Wirtschaft“ ist Open-Source die zentrale Handlungsempfehlung der Europäischen Union.

Dafür, dass dies die zentrale Handlungsempfehlung der Europäischen Union ist, beschäftigen wir uns hier in Hessen noch relativ wenig mit Open-Source-Lösungen. Wir sehen in Open Source auch einen wichtigen Bestandteil für die Wettbewerbsfähigkeit Hessens, für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und für die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Insofern liegt uns das sehr am Herzen. Zum Beispiel die Open-Knowledge-Foundation hat in der Anhörung bestätigt, sie wünscht sich ein Bekenntnis zu offenen Standards und offenen Quellen auch bei der hessischen Verwaltungsdigitalisierung. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass wir davon derzeit weit entfernt sind.

Uns ist natürlich auch klar, dass Open Source seine Grenzen findet. Wir haben manchmal Lösungen, wo der technische Fortschritt oder Abstriche bei der Usability nicht hinzunehmen sind. Deshalb haben wir das als Sollvorschrift im Antrag formuliert und nicht als Mussvorschrift. Manchmal ist es auch innovativ, wenn Entwickler ein Interesse daran haben, sich den Code zu schützen. Deshalb haben wir das nicht als 100 % Lösung gesehen.

Was die europäische Idee betrifft, so sehen wir, dass Deutschland und Europa bei digitalen Lösungen den Anschluss verloren haben – das gilt für Digitalplattformen und das gilt für Künstliche Intelligenz. Da gibt es eine absolute Dominanz aus China und aus den Vereinigten Staaten. Das hat natürlich, wenn es um das Thema Datenschutz geht, Auswirkungen auf die Sicherheit von Daten und damit auf die Bürgerinnen und Bürger; das haben wir schon häufiger im Ausschuss diskutiert. Beim sogenannten Web 3.0 dürfen wir diesen Fehler nicht erneut machen. Deswegen

haben wir eine European Metaverse Convention vorgeschlagen, die als Art Hackathon für ein konkurrenzfähiges Netzwerk im Web 3.0 wirbt.

Ich glaube, dass wir mit unserem Antrag erst einmal eine wichtige Debatte anregen, aber auch, dass dieser dazu führen kann, dass wir hier in Hessen zum Vorreiter für Open-Data

(Zuruf Bijan Kaffenberger (SPD))

– Entschuldigung, ich meinte natürlich Open-Source –, werden können. Von Open-Data sind wir durch den Vorschlag, den die Koalition gerade im letzten Plenum vorgelegt hat – aber das wäre ein Rückschritt, statt ein Fortschritt, Herr Kollege Kaffenberger – weit entfernt. Mit diesem Antrag können wir es schaffen, beim Thema Open Source in Deutschland an die Spitze zu kommen. Das ist auch eine Initiative, die darüber hinaus eine gewisse Beachtung finden könnte. Darum bitten wir um Unterstützung unseres Antrags. – Herzlichen Dank.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. – Herr Lichert, bitte.

Abg. **Andreas Lichert** (AfD): Danke sehr, Frau Vorsitzende. – Wir unterstützen das Anliegen, das mit diesem Antrag verfolgt werden soll, ausdrücklich. Ich möchte noch ein Argument hinzufügen, das der Kollege Stirböck in seiner Einführung vergessen hat: den Sicherheitsaspekt.

Bei Cloud-Source-Produkten spricht man auch gerne von „security by obscurity“. Nur, weil man den Quelltext nicht einsehen kann, bedeutet es nicht, dass er besser gegen Sicherheitslücken gefeit wäre. Bei offenen Quelltexten ist die Chance, dass man die Sicherheitslücken rechtzeitig erkennt, deutlich höher. Ich glaube, wir wissen alle, wie es um die Risiken in Sachen Cybersicherheit bestellt ist. Das erscheint mir auch ein wesentliches Argument zu sein, gerade wenn wir uns über die öffentlichen Verwaltungen unterhalten.

Etwas obskur finden wir den Punkt 5 des Antrags. Dieser liest sich so, als sei Open-Source immer mit höherer Rechenlast verbunden. Das ist ganz sicher nicht so. Hohe Rechenlast entsteht durch schlechten Code und diesen gibt es sowohl closed- als auch open-source. Von einer European Metaverse Convention halten wir, um ehrlich zu sein, auch nichts. Das ist wieder eine andere Baustelle und hat mit der Thematik eines stärkeren Einsatzes von open-source in der öffentlichen Verwaltung wenig zu tun. Aber daran soll es nicht scheitern. Wir unterstützen den Antrag. – Danke sehr.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. – Herr Leveringhaus, bitte.

Abg. **Torsten Leveringhaus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Wir können den Antrag nicht unterstützen. Herr Stirböck hat es in seinem ersten Satz bereits gesagt: Gestern wurde ein Open-Source-Produkt vorgestellt. Daran merkt man, dass wir als Hessische Landesregierung in diesem Bereich bereits aktiv sind und dabei prüfen, ob es Open-Source-Möglichkeiten gibt. Diese sind ja nicht per se besser oder schlechter als proprietäre Software, sondern man muss immer genau schauen, welchen Einsatzzweck habe ich, welche Sicherheitsinteressen habe ich. Da kann Open-Source besser sein, ist es aber nicht zwangsläufig. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen, wobei wir generell in diesem Bereich schon aktiv sind.

Zum Thema Metaverse: Ich will nicht sagen ich bin fast vom Stuhl gefallen, als ich das gelesen habe, aber ich stehe dem Thema sehr kritisch gegenüber. Ich oute mich: Mir fehlt da auch ein bisschen die Fantasie, wie wir das als Land nutzen sollen und was man mit dem Metaverse erreichen will. Die Anwendungsfälle sind meines Erachtens auch noch sehr begrenzt. Das ist ein Punkt, den wir nicht unterstützen wollen.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen. – Herr Kaffenberger, bitte.

Abg. **Bijan Kaffenberger:** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Seitens der SPD-Fraktion kann ich grundsätzlich sagen, dass wir das Ansinnen des Antrags teilen. Allerdings gibt es auch ein paar Punkte, an denen ich mir wünsche, dass wir darüber zunächst eine tiefgründige Debatte führen und uns mit den Fakten beschäftigen, wie sie im Land Hessen zu diesem Thema vorliegen.

Ein paar Punkte sind wie in einem Berichtsantrag formuliert. Man sieht das auch am Antrag unter Punkt 4, wo es darum geht, transparent darzulegen und zu begründen, wenn keine Open-Source-Lösungen genutzt werden. Wenn dann noch ein Fragezeichen dahinter stünde, hätte ich so etwas eher in einer Initiative als einem Berichtsantrag erwartet. Ich halte es für eine spannende Frage zu prüfen, wo Open-Source-Produkte innerhalb der Landesregierung zur Anwendung kommen, wie es im Antrag unter Punkt 5 gefordert wird. Es wäre gut, wenn wir dazu Antworten vorliegen hätten, aber deshalb einfach den Antrag zu beschließen, halten wir nicht für zielführend, auch wenn wir das Ansinnen teilen. Deswegen werden wir uns enthalten.

Was das vorgestellte Open-Source-Produkt angeht – ich glaube es ging um die Videokonferenzplattform –, sage ich lieber nichts. Wir freuen uns, dass es ein Open-Source-Produkt ist. Ob es dafür zweieinhalb Jahre bedurft hätte, ist ein anderes Thema.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. – Herr Felstehausen, bitte.

Abg. **Torsten Felstehausen:** Wir werden uns dem Votum der SPD an dieser Stelle anschließen. Wir freuen uns auch darüber, dass sie das angesprochen hat, insbesondere auch mit dem Verweis „public money, public code“. Das würden wir uns bei anderen Bereichen auch wünschen, dass dort, wo öffentliche Gelder genutzt werden, das Produkt dann nachher auch öffentlich zur Verfügung steht. Bei Biontech ist uns das leider nicht gelungen, aber wir arbeiten daran.

Zum eigentlichen Thema: Mit BigBlueButton ist es jetzt nach zweieinhalb Jahren gelungen, ein Videokonferenzsystem auszurollen und an die Schulen zu bringen. Das ist ein exemplarisch gutes Beispiel dafür, warum der Landesregierung so etwas bisher nicht gelungen ist: Weil man auf Standardlösungen setzt, daran festhält und sich im Vorfeld keinerlei Gedanken gemacht hat, welche anderen Alternativen es gibt. – Doch, es wurde auf Teams gesetzt, weil es eine Standardlösung ist, die in vielen Schulen verwendet wird.

Nur durch die Stärke des Datenschutzes hat sich die Landesregierung an dieser Stelle bewegt, und dafür möchte ich mich ausdrücklich bei allen, die dafür gegen sehr starke Widerstände und Vorurteile – „es gibt keine Alternativen“, „es muss jetzt gehen“ – gekämpft haben, bedanken. Es gibt Alternativen, das hat sich dadurch gezeigt, und es hat sich auch gezeigt, dass man so etwas zukünftig in Projekten früher und schneller prüfen muss. Das ist meines Erachtens auch die Intention des Antrags. Deshalb werden wir ihn mit Sicherheit nicht ablehnen. In der Ausgestaltung wäre es sicherlich sinnvoll, dass man sich länger und intensiver damit beschäftigt, aber vielleicht kann das ja auch die Grundlage für eine solche Beschäftigung sein.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. – Frau Ministerin, bitte.

**Ministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus:** Wir sind uns in den Grundsätzen einig, nämlich, dass Open-Source-Software ein Baustein des Themenkomplexes digitale Souveränität ist und damit auch in all dem, was wir in der digitalen Verwaltung Hessens in unserer Strategie verorten.

Herr Stirböck, wir hatte im November letzten Jahres bereits auf einige ihrer Fragestellungen geantwortet. Damals hatten wir auch gesagt, dass die Nutzung von OSS ein Beitrag zur Aufrechterhaltung und Steigerung der digitalen Souveränität der hessischen Landesverwaltung leistet und wir deshalb auch an der Initiative zur Stärkung der digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des souveränen Arbeitsplatzes mit weiteren Bundesländern und dem Bund zusammenarbeiten. Ein Ausfluss davon ist beispielsweise das gegründete ZenDiS Institut. Wir haben aber auch dieses Designprinzip „OSS first“ – auch das war in der Antwort zu lesen – in einem Vorschlag vom Digitalministerium zur Stärkung der digitalen Souveränität in den ressortübergreifenden Arbeitskreisstandards eingebracht. Dieses Prinzip wird derzeit intensiv mit den Ressorts abgestimmt. Schließlich haben wir genau dieses Thema „OSS first“ auch in unserer weiterführenden DVH 4.1 gerade in der Bearbeitung. Hier wird ein zentrales Nutzenversprechen sein: souverän und sicher. Damit knüpfe ich an das an, was Herr Leveringhaus gesagt hat: Das Thema Open

Source muss natürlich auch mit dem Thema Sicherheit gedacht und gemacht werden, und das wollen wir in der DVH 4.1 in entsprechender Weise integrieren.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

**Beschluss:**

DDA 20/36 – 08.02.2023

Der Ausschuss für Digitales und Datenschutz lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen AfD, Freie Demokraten, bei Enthaltung SPD, DIE LINKE)

(Ende des öffentlichen Teils 11:23 Uhr –  
Weiter mit nichtöffentlichem Teil)